

Chiracs Idee für die "Verfassung" einer Europäischen Föderation

Erschreckt haben viele Schweizer nach dem Ja zu den Bilateralen feststellen müssen, dass sie gleich, wie beim EWR 1992, von ihrer obersten Behörde hinters Licht geführt worden sind. Da kann Herr Bundesrat Deiss noch so viele Verführungskünste spielen lassen, niemand glaubt ihm, dass der EU-Beitritt nichts mit den bilateralen Verträgen zu tun hat. Leider ist vielen dieses Licht erst nach dem 21. Mai aufgegangen. Alle die den Sirengesängen aus Bern glaubten, es handle sich um rein wirtschaftliche und spezifisch technische Dinge, aber bei weitem nicht um einen politischen Entscheid für einen weiteren wichtigen Schritt zur EU, bedauern heute, nicht zur Urne gegangen zu sein: So durch ihre Abwesenheit das Ja zu den Bilateralen überhaupt erst möglich gemacht zu haben.

Die Irreführung geht weiter

Wer das heute immer noch nicht glaubt, der muss nur ganz genau zuhören, wie unsere bei Gesundheitsfragen des Volkes sonst so hypervorsichtige Bundesrätin Ruth Dreyfuss seit dem 21. Mai dreist und kategorisch für einen raschen **Vollbeitritt zur EU** eintritt. "Mit den Beitrittsverhandlungen sollte"- wenn es nach ihr ginge - "sofort angefangen werden, um möglichst noch im Jahre **2002 EU-Mitglied** zu werden". Auch die Bundesräte Deiss und Ogi sagen das gleiche, nur wählen sie ihre Worte etwas vorsichtiger. Dabei wird einmal mehr versucht, das Volk hinters Licht zu führen, indem man ihm erzählt es brauche ohnehin zwei bis drei Jahre Verhandlungen und dann noch 2 bis drei Jahre Ratifikation, sodass sich das Schweizervolk keine Sorgen zu machen haben - der Beitritt komme nicht vor 2008 oder 2010, besonders wenn bis zur Aufnahme der Verhandlungen wegen der "Bremserei der rechtsextremen, populistischen Neinsager" auch noch einige Jahre verloren gehen.

Für wie blöd hält man uns eigentlich?

Heute wissen die meisten Schweizer, wie wenig es noch für einen Beitritt zu verhandeln gibt. Im wesentlichen geht es doch um den Beitritt zu einem Klub, dessen Statuten bekannt sind und die "tel-quel" (damit das auch von unseren Freunden in der Romandie ein für allemal verstanden wird) anzunehmen sind: Gewisse Fristen, wovon ein grosser Teil bereits in den bilateralen Verträgen festgelegt sind, einige wenige Ausweichklauseln von zweitrangiger Bedeutung und vor allem wieviel der Beitritt kostet. Das sind Fragen, die noch formell festzulegen, aber effektiv nicht mehr auszuhandeln sind. Oder wäre der Bundesrat "in corpore" bereit, dem Schweizervolk zu erklären, er habe diese Fragen, vor allem die in die Milliarden gehenden Zahlungen, nicht bereits grundsätzlich in Brüssel geklärt? Man nenne das offiziös, unverbindlich und was sonst noch, die Tatsache ist, dass darüber genügend Klarheit besteht, um nicht noch Jahre lang verhandeln zu müssen. Es genügt, den Integrationsbericht vom 3. Februar 1999 sorgfältig durchzulesen, um zahlreiche entsprechende Hinweise zu finden. Wenigstens in dieser Frage sollte der Bundesrat aufhören, mit dem Stimmvolk Katze und Maus zu spielen.

Aus ihrer Krise sucht die EU die Flucht nach vorne

Irgendwie wird in Bern und von den Euroturbos übersehen oder geflissentlich darüber hinweggegangen, wie sehr sich die EU seit Jahren in einer schweren Krise befindet.

Eine Krise, die nach **Jacques Delors**, dem langjährigen Präsidenten der Kommission, darin besteht, dass bei dem Imbroglia der zahllosen supranationalen und zwischenstaatlichen Euronormen und Institutionen, "man nicht mehr wisse wer was mache und welches die anvisierten Ziele seien." Der Fehler sei bereits, so Delors, beim Uebergang von 12 zu 15 Mitgliedern gemacht worden und dürfe auf keinen Fall beim Anwachsen auf 30 und mehr wiederholt werden. Zu diesem Zwecke sei jetzt und zwar möglichst rasch, noch vor Ende des Jahres ein **Innerer Kern als eigentlicher Entscheidungsträger**, eine Art "avant-garde" (Vortrupp oder Pioniere, wie sie von Chirac genannt wer-

den) zu beschliessen, der noch **vor 2005 zur Schaffung einer Europäischen Föderation**, einschliesslich einer gemeinsamen Aussen-, Militär- und Sicherheitspolitik führen sollte. Kein **Superstaat**, wie das der französische Staatspräsident Jacques Chirac in seiner Rede vor dem deutschen Bundestag am 27.Juni offensichtlich zur Beruhigung seiner eigenen Wähler betonte, sondern ein auf den Nationalstaaten aufgebautes Gebilde zur **gemeinsamen Ausübung der Souveränität** in einer europäischen Föderation. Eine **europäische Verfassung** (Delors sprach von einer Charta) würde für dieses Gebilde (dessen Name noch gesucht wird) eine Regierung und ein eigenes Parlament vorsehen. Dieses Gebilde würde in der grösseren Gemeinschaft der EU, die nach Chirac mehr oder weniger in der bisherigen Form beizubehalten wäre, als eine Einheit auftreten, um mit der **entsprechende Stimmzahl**, alle die Entscheidungen auf dem Wege von Mehrheitsbeschlüssen durchzusetzen (gemeint ist wohl durchzupeitschen), die sich aus der erweiterten Anwendung des Subsidiaritäts-Prinzips gemäss der Vereinbarung von Amsterdam ergeben.

Eine Supermacht innerhalb der EU

Wie immer diese Formulierungen aus dem Munde von Delors, fast wörtlich gleich bei Chirac, etwas mehr "bundestaatlich", weniger zentralistisch (à la française) beim deutschen Aussenminister Joschka Fischer interpretiert werden, handelt es sich letztlich um die seit Jahren vom früheren CDU Vorsitzenden Schäuble vertretene These eines **Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten**. Danach sollte im zukünftigen Europa ein **kleiner Kern die massgebenden Entscheidungen** treffen. Alle anderen Staaten in Europa, ob EU-Mitglied oder nicht, müssten zum Mitmachen überzeugt (gezwungen) werden, wie dies gegenwärtig bei Oesterreich und bei der Schweiz anlässlich der "autonomen" Uebernahme eines grossen Teil des bestehenden Eurorechts als Swisslex und mehr oder weniger aufgezwungenen Lösungen beim Landverkehr und dem freien Personenverkehr der Bilateralen der Fall war. Demnächst aufs neue zum Beispiel inbezug auf das Bankgeheimnis

und einer Steuerharmonisierung auf uns zukommen dürfte.

Auf jeden Fall sieht die **Zukunft für die kleinen, ja sogar die mittelgrossen Staaten in Europa düster** aus. Auf einmal, ganz im Gegensatz zu dem, wenigstens der Form nach, die Souveränität der anderen Europäer respektierenden Verhalten von Bundeskanzler Kohl werden nunmehr die Karten ziemlich brutal auf den Tisch gelegt. Aus dem **Mitbauen an einem neuen Europa** wird ein **Mitlaufen** und mit den Jahren wohl ein immer **gehorsameres Mitmachen**. Die Wahl ist nur noch, ob man als Mitglied der grossen EU wegen den vom inneren Kern erzwungenen Mehrheitsbeschlüssen mitmacht, oder ob man als Aussenstehender dazu gezwungen wird, wie das der Schweiz bei den Bilateralen und der Swisslex passiert ist.

Ein Gegengewicht zur EU

Solange in Europa und weltweit kein **Gegengewicht** geschaffen wird gegen die sich deutlich abzeichnende neue **Euromacht** nach den Plänen von Schäuble, Delors, Fischer und Chirac, politisch untermauert durch einen in den meisten europäischen Ländern dominierenden, mit grossen Teilen des Kapitalismus paktierenden Sozialismus, sieht die Zukunft für alle europäischen Staaten mit Ausnahme derjenigen, die zum inneren Kern gehören, sehr dunkel aus. Zwar soll jedes Land bei dem **Inneren Kern**, der Avantgarde Delors und Chiracs, mitmachen können, sofern es bereit ist, die entsprechenden Verpflichtungen zu übernehmen, dazu fähig, vor allem für das Tandem Deutschland/Frankreich genehm ist.

So drückte sich jedenfalls Chirac vor dem Bundestag aus. Sein wiederholter Hinweis auf die Verantwortung von Frankreich und Deutschland für diese Entwicklung zeigt nur allzu deutlich, dass letztlich dank der noch auszuklängelnden Stimmenverteilung zwei Staaten (Deutschland und Frankreich) mit einigen kooptierten Mitgliedstaaten wie die Benelux, das Deutschland nahestehende Spanien und Italien das Sagen haben werden. Macht England mit, so wird es Mühe haben, Mehrheitsbeschlüsse zu blokieren,

weil gemäss der von Chirac skizzierten Verfassung der **Innere Kern** in der EU als eine Einheit auftritt und bei den entsprechenden Vorentscheidungen England auf die Seite gedrückt werden könnte.

Die Zeit zum Zaudern fehlt

Es wäre eine Illusion zu glauben, bis zu diesem neuen Europa werde noch viel Zeit vergehen. Der Einfluss von Delors darf nicht unterschätzt werden. Es ist ohnehin beeindruckend, wie er sich wieder eingeschaltet hat, um ganz nach dem Muster Mitterands Deutschland und Frankreich zusammenzuschweissen, den angeblichen Gaullisten Chirac herumzukriegen und für die Entscheidungen im Dezember in Nizza Dampf zu machen.

Diese Entwicklung sollte ein **Rotlicht** sein **für England** und alle anderen europäischen Staaten. Diese werden aber wenig ausrichten können, wenn sie nicht zuerst bei sich zu Hause Ordnung schaffen. Die Mobilmachung zum Schutze gegen diese vor unseren Augen entstehenden Euromacht setzt in jedem europäischen Land die Akzente etwas anders, aber die europäischen Völker sind am Erwachen, müssen nun miteinander antreten und sich gegenseitig unterstützen. Für die Schweiz bedeutet dies zunächst eine Regierung, die wieder bereit ist, die Interessen des Landes, wie Unabhängigkeit, Neutralität und direkte Demokratie **wirklich zu respektieren**, zu **verteidigen** und mit dem Souverän, dem Stimmvolk, offenen zu sein.